

Pressemitteilung 10/2020

Halle (Saale), den 17. Juni 2020

Hohe Insolvenzrisiken im Zuge des Corona-Shutdowns

Der Shutdown zur Eindämmung des Coronavirus erhöht die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensinsolvenzen in erheblichem Ausmaß. Eine Untersuchung anhand von Jahresabschlussdaten der Jahre 2014 bis 2018 zeigt, dass in Deutschland 81% der Unternehmen nach einem Verlust von einem Zwölftel des Jahresumsatzes ihre Zinsausgaben nicht mehr aus dem laufenden Gewinn vor Zinsen und Steuern decken können; in Großbritannien sind es 73%.

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie haben viele Länder die wirtschaftliche Aktivität stark eingeschränkt und Unternehmensschließungen angeordnet. Mit dieser Maßnahme soll die Ausbreitung des Virus eingedämmt werden; allerdings gehen mit ihr hohe ökonomische Kosten einher. So geht der Umsatz der betroffenen Unternehmen deutlich zurück, während viele Kosten weiterlaufen. Insbesondere müssen Unternehmen ihre Kredite weiter bedienen und Zinsen bezahlen. Im Gastgewerbe lag der Umsatz in Deutschland und in Großbritannien bereits im März 2020 etwa 50% unter dem Vorjahresniveau. Das Verkehrswesen, Reisebüros und eine Reihe von Einzelhandelsbereichen sind ebenfalls stark betroffen. Je länger der Shutdown dauert, desto mehr Firmen geraten in finanzielle Schieflagen. Ein Maß für finanzielle Schieflagen ist das Verhältnis von Zinsausgaben und Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT). Nach einem einmonatigen Shutdown übersteigen bei 81% der Unternehmen in Deutschland und bei 73% der Unternehmen in Großbritannien die Zinsausgaben den Gewinn vor Zinsen und Steuern (vgl. Tabelle). Wenn der Shutdown länger dauert, etwa drei Monate, dann können fast alle Unternehmen in den betroffenen Wirtschaftsbereichen ihre Zinsausgaben nicht mehr aus dem Gewinn decken und viele Unternehmen auch aus nicht direkt betroffenen Branchen werden in finanzielle Schieflagen geraten.

Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien erhalten von der Krise betroffene Unternehmen finanzielle Hilfen. Insbesondere werden die Unternehmen bei den Lohnausgaben und Sozialversicherungskosten entlastet, in Deutschland etwa durch die erweiterten Regeln beim Kurzarbeitergeld. Dies lindert die Probleme ein wenig, ändert aber nicht viel an der Gesamtlage. Selbst wenn den Unternehmen während der gesamten Dauer des Shutdowns die kompletten Lohnkosten ersetzt werden, steigt das Insolvenzrisiko, gemessen anhand des Verhältnisses von Zinsausgaben und EBIT, auf 71% in Deutschland und auf 61% in Großbritannien. Es bestehen dabei Unterschiede zwischen den verschiedenen Größengruppen von Unternehmen; diese Unterschiede fallen angesichts der Dimension des Problems jedoch kaum ins Gewicht.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Deutschland: Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie, Bundes-
ministerium der Finanzen, Bundes-
kanzleramt, Wirtschafts- und Finanz-
ministerien der Bundesländer.
Großbritannien: Bank of England,
The Office of the Chancellor of
Exchequer

Wissenschaftliche Schlagwörter
Insolvenzen, Coronakrise,
Shutdown-Politik

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die Insolvenzen werden voraussichtlich erst mit einiger Verzögerung auftreten, auch weil in Deutschland entsprechende Fristen ausgesetzt worden sind. Das volle Ausmaß der krisenbedingten Insolvenzen wird erst mit der Zeit sichtbar werden. Damit gehen große ökonomische Risiken einher. Eine Insolvenzwelle würde die wirtschaftliche Erholung bedrohen. Sie kann zu einem erneuten wirtschaftlichen Einbruch führen, nachdem die Lockerung der Shutdown-Maßnahmen zunächst zu einem Aufholprozess geführt hat. Dieses Risiko sollte bei der Gestaltung der weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie berücksichtigt werden.

Tabelle
Insolvenzrisiko

Land	Shutdown	Gehalts- subventionen	Dauer des Shutdowns in Monaten			
			0	1	2	3
Deutschland	Nein	Nein	0,08	0,76	0,94	0,98
Deutschland	Nein	Ja	0,08	0,63	0,85	0,93
Deutschland	Ja	Nein	0,08	0,81	0,97	0,99
Deutschland	Ja	Ja	0,08	0,71	0,91	0,97
Großbritannien	Nein	Nein	0,06	0,69	0,90	0,96
Großbritannien	Nein	Ja	0,06	0,57	0,80	0,89
Großbritannien	Ja	Nein	0,05	0,73	0,93	0,98
Großbritannien	Ja	Ja	0,05	0,61	0,86	0,95

Die Tabelle zeigt den Anteil der Unternehmen, deren Zinsausgaben in Abhängigkeit von der Dauer des Shutdowns rechnerisch den Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) übersteigen. Für jeden Shutdown-Monat wird vom EBIT 1/12 des Jahresumsatzes abgezogen. Die Anteile in den Zeilen mit Gehaltssubventionen wurden berechnet, indem 1/12 der jährlichen Lohnkosten pro Monat Shutdown zu EBIT addiert wurden. Unternehmen werden als vom Shutdown betroffen klassifiziert, wenn ihr Umsatz im März und/oder im April 2020 mehr als zwei Standardabweichungen unter dem Vorjahresniveau gelegen hat.
Quellen: AMADEUS Financials 2014-2018, Eurostat, Berechnungen der Autoren.

Langfassung:

Holtemöller, Oliver; Muradoglu, Yaz Gulnur: Corona Shutdown and Bankruptcy Risk. IWH Online 3/2020. Halle (Saale), 2020.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Professor Yaz Gulnur Muradoglu
Tel +44 7891241581
y.g.muradoglu@qmul.ac.uk

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter
 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.